

2. Der Behauptungskampf der Favela gegen den Zermürbungskrieg der bürgerlichen Stadt

Im Jahr 1897, so will es der mittlerweile durch den Nachweis früherer Siedlungen widerlegte Mythos, sei die erste Favela in Rio de Janeiro entstanden (vgl. Fessler Vaz/Berenstein Jaques 2003). Zurückkehrende Soldaten, die im Canudos-Krieg die religiöse Bewegung von Antônio Conselheiro niedergeschlagen hatten, erhielten die behördliche Erlaubnis, den benachbart zur zentralen Kaserne gelegenen Morro da Providência zu besiedeln. In Erinnerung an den Ort ihrer siegreichen Schlacht nannten sie diesen in Morro da Favela um. Ab 1920 begannen lokale Zeitungen irreguläre Ansiedlungen, die sich mit Rio de Janeiro's radikalem Stadtumbau durch den Präfekten Pereira Passos ausgebreitet hatten, als Favela zu bezeichnen. Nach Pariser Vorbild hatte dieser Baron Haussmann der Tropen ab 1902 breite Schneisen durch das historische Stadtgewebe schlagen und die *cortiços* (dt. Bienenstöcke) genannten Arbeiterbehausungen abreißen lassen und auf diese Weise etwa 20.000 Obdachlose produziert. Viele von ihnen konnten sich neue Wohnungen in der Vorstadt nicht leisten und fingen an, aus gefundenen Materialien eigene Hütten zusammenzusetzen. Da Passos den Selbstbau in Vororten verboten hatte, blieben ihnen dafür nur die steilen, als unbebaubar geltenden Hügel der Stadt.

Schon ihr Ursprung verweist also die gängige Vorstellung, die Favela hätte sich unabhängig und in Abwesenheit vom Staat entwickelt, in das Reich der Mythen. Vielmehr war das Phänomen Favela immer kausal mit staatlichen Institutionen und offizieller Politik verflochten. Keineswegs aber waren die *»favelados«* darin wehrlose Opfer, vielmehr bildeten sie feinmaschige *comunidades*, die der ihnen feindlich gestimmten Gesellschaft listreich trotzten. Schließlich, nach einem 100-jährigen Kampf, habe die Favela gesiegt, konstatieren Alba Zaluar und Marcos Alvito (1998: 21) am Ende des 20. Jahrhunderts, um sogleich einzuschränken, dass dieser Kampf angesichts der nur langsam voranschreitenden Urbanisierung, dem Terror von Drogenbanden und Polizei sowie internen sozialen Konflikten längst nicht beendet sei. Was allerdings kann unter den Umständen einer anhaltend »eingeschränkten, hierarchisierten und fragmentierten Bürgerschaft« ihrer Bewohnerschaft heißen, die Favela habe gesiegt (Machado da Silva 2002: 221ff.)? Ich versu-

che im Folgenden, diese Frage anhand einiger historischer Schlaglichter des politischen Kampfes um sie zu diskutieren.

2.1 Kreuzzüge in die Favela

Außer einzelnen Versuchen etwa des einflussreichen Rotary Club, die als »ästhetische Lepra« angesehene Favela auszulöschen, wurde diese bis in die 1930er Jahre eher als hygienisches Randproblem abgetan (Fessler Vaz/Berenstein Jaques 2003). Allerdings hatte sich bis dahin die fortan hegemoniale, auch kritische Debatten beherrschende Diskursfigur einer Dualität zwischen der Stadt und der als minderwertig markierten Favela verfestigt. Der Schriftsteller Lima Barreto etwa warf der offiziellen Politik vor, sie spalte Rio in eine europäische und eine indigene Stadt, für den Sambamusiker Orestes Barbosa existierten »ohne Zweifel zwei Städte in Rio« (Zaluar/Alvito 1998: 12ff.).

Erst in den 1940er Jahren, als die *morros* unter dem Ansturm ländlicher Migrant:innen rapide wuchsen, setzte eine gesellschaftliche Debatte über sie ein. Man verstand die mit Begriffen wie Krankheit, »Plage« oder »krebsartige Geschwulst« markierte Favela nun als moralisches Problem, als freiwillige und gezielte Verweigerung der Zivilisation (vgl. Pfeiffer 1987: 67ff.). Für den Rest des Jahrhunderts sollte sie den imaginären Fluchtpunkt aller katastrophischen Fantasmen über die Stadt bilden: als Hort der Unordnung, als Herd tödlicher Krankheiten und des moralischen Chaos, dem lediglich mit einer strengen ordnungsstaatlichen Moralpolitik beizukommen sei. Orientiert am italienischen Faschismus, zielte der *Estado Novo* des zwischen 1930 und 1945 diktatorisch herrschenden Getulio Vargas darauf, einen neuen brasilianischen Menschen zu schaffen (Pandolfi/Grynszpan 2002). Der sich selbst als »Vater der Armen« bezeichnende Präsident begründete eine populistische Favela-Politik, deren Klientelismus zwischen Sozialpolitik, Kontrolle und Repression pendelte (vgl. Dietz 2000: 156f.). Schon die urbane Bauordnung von 1937 wies den widersprüchlichen Weg dieser politischen Triangel: Die Favelas sollten eliminiert und durch Behausungen mit Mindestgröße ersetzt werden, jeglicher Selbstbau wurde verboten. Gleichzeitig überlegte die Stadtverwaltung, den Zugang nach Rio zu kontrollieren und ankommende Arme in ihre Herkunftsorte zurückzuschicken. Während die kurz davor noch verbotenen Sambaschulen in das offizielle Karnevalprogramm einzogen, exkludierte die Sozialpolitik des *Estado Novo* Personen ohne formale Jobs, schloß Nicht-Alphabetisierte von Wahlen aus und suchte die als »faulenzenden Strolche« verstandenen »*favelados*« in »arbeitsame Menschen« zu transformieren (Pandolfi/Grynszpan 2002).

Erstmalig wurden zu dieser Zeit vier Favelas, die dem Wachstum der noblen Südzone im Wege standen, abgebrochen. Ihre Bewohnerschaft kam in als *parques proletários* bezeichneten provisorischen Barackensiedlungen unter, die als Modell

galten, um die Wohnungsfrage für untere Schichten zu lösen. Allerdings durfte dort nur einziehen, wer seine »gute Lebensführung« verbürgen und eine Arbeitsstelle in der Südzone nachweisen konnte. Die Wohnanlagen waren an ein rigides Umerziehungsprogramm gekoppelt: Wie in einem Lager besaß das Verwaltungspersonal die totale Autorität und verabreichte über Lautsprecher allabendlich moralische Lektionen. Die Siedlungen waren umzäunt, durften nur mit Passierschein betreten werden und schlossen um 22 Uhr die Pforten (Leeds/Leeds 1978). Trotz des Versprechens, diese *parques proletários* regulär zu urbanisieren, mußten sie nach Jahren neuen Spekulationswellen weichen.

Als unbeabsichtigten Nebeneffekt dieser staatlichen Interventionen begannen sich die in der Favela Lebenden als politische Akteure zu formieren (Baumann Burgos 1998). Ab 1945 gründeten sich in den *comunidades* Pavão-Pavãozinho, dem Morro do Cantagalo und dem Morro da Babilônia, die in fußläufiger Entfernung der berühmten Strände von Copacabana und Ipanema noch heute existieren, Vereinigungen, welche sich der drohenden Räumung widersetzen. Häufig kompensierten die Bewohnerschaften der Favelas ihr mangelndes politisches Drohpotenzial mit subtilen Maßnahmen. So gaben sie neuen Siedlungen offiziell klingende oder prestigehaltige Namen, um Stigma und Räumungsgefahr zu bannen. Parque Proletário Acari heißt etwa eine 1942 gegründete Siedlung im industriellen Norden der Stadt (vgl. Alvito 2001: 281). Nachdem Brasilien 1945 zur parlamentarischen Demokratie zurückgekehrt war, formulierten die Bewohnerschaftsvereine erstmals einen Katalog sozialer Rechte für ihre Siedlungen. Als die kommunistische Partei in den Kommunalwahlen von 1947 zur drittstärksten Kraft anwuchs, begann das städtische Bürgertum die Favela auch als politische Gefahr zu fürchten und hielt es – so ein Slogan jener Zeit – für notwendig, »den Hügel hinaufzusteigen bevor von dort Kommunist:innen herunterkommen«. Da die Parteien die wahlpolitische Bedeutung der Favela wahrzunehmen begannen, wich die Repression eher pazifizierenden Maßnahmen, die ihre Existenz tolerierten.

Gleichzeitig begann sich eine soziale und politische Identität des *favelado* herauszubilden: Deren zentrale Referenz gründete nicht in der Armut oder der Klassenposition, sondern auf den Wohnverhältnissen, die bezogen auf juristisch-institutionelle (Illegalität) und moralische Kriterien fremden Gesetzen unterworfen waren (Machado da Silva 2002: 228). Die durch Landbesetzung entstandene Favela war weniger durch städtebauliche oder soziale Kriterien als durch ihre Illegalität geprägt, die ihre Bewohnerschaft zwang, ihre Angelegenheiten durch ein »eigenes paralleles oder informelles Norm- und Rechtssystem« (Karsch 1997: 78) außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu regeln. Gleichzeitig verfügte sie über keinerlei bürgerliche Rechte bezüglich ihres Wohnorts und so nur über eine Staatsbürgerschaft zweiter Klasse.

Allerdings existierten zwischen offizieller Stadt und illegaler Favela eine Vielzahl quasilegaler, paralegaler oder pseudolegaler Grauzonen (vgl. Souza 1993:

220f.). Die Rocinha, Rios größte Favela, entstand etwa aus einer legalen Parzellierung, die lediglich einige Verwaltungsvorschriften missachtete. Oft stimulierten private Eigentümer:innen die Besetzung ihrer wertlosen Ländereien (Sümpfe, Hügel) über Strohpersonen, die besetzte Parzellen an staatlichen Regularien vorbei verkauften und so Profit generierten. Politiker:innen wiederum traten häufig öffentliche Grundstücke an ihre Klientel ab, um Wählerstimmen zu »kaufen«, später versorgten Staatsbetriebe auch illegale Favelas mit Strom oder Wasser. Da die in der Favela lebenden Menschen im ausbeuterischen, häufig kriminellen Boden- und Immobilienmarkt, den die formale Illegalität produzierte, ihr Wohnrecht meist bezahlten, sahen sich nicht in einer illegalen Situation. Schon 1940 meldete die Tageszeitung *Correio da Manhã*, dass die meisten von ihnen Land von *donos da favela* (dt. Herren, Eigentümer) kaufen mußten, ohne offizielle Dokumente dafür zu erhalten (vgl. Pfeiffer 1987: 67). Denn diese *donos* waren oft *grileiros* genannte Pseudo-Eigentümer:innen, denen der (meist staatliche) Grund und Boden gar nicht gehörte – eine Ausbeutungspraxis, die bis in die Gegenwart andauert.

Ab 1945 eskalierte der politische Konflikt um die Favela-Frage zwischen dem linken und dem rechten Lager. Die schon 1947 wieder verbotene kommunistische Partei (PCB) initiierte Bewohnerschaftsvereine und gemeindete sie als *Union der Arbeiter-Favelados* in die proletarische Bewegung ein. Um die *Morro*-Bevölkerung »materiell und moralisch zu unterstützen«, gründeten Stadtverwaltung und katholische Kirche 1946 dagegen die Stiftung *Leão XIII*. Sie versorgte mehrere Dutzend Favelas mit Wasser und Strom und initiierte ebenfalls Ortsvereine. Diese organisierten als verlängerte Arme staatlicher Apparate allerdings nicht die Interessen der dort lebenden Menschen, sondern sollten sie kontrollieren und Proteste frühzeitig kanalisieren. Ihre Führungsriege wurden dabei in einen klientelistischen Tauschhandel integriert (vgl. Leeds/Leeds 1978).

Mit *Leão XIII*, so Marcelo Baumann Burgos (1998: 29), trat anstelle »des Kampfes um den Zugang zu öffentlichen Gütern der Assistenzialismus, an Stelle der Kritik die Resignation, an Stelle des organischen Intellektuellen die Formierung traditioneller Führerschaften«. Janice Perlman (1977) zeigte in ihrer 1977 erstmals auf Portugiesisch erschienenen Studie *Der Mythos der Marginalität*, dass politisch verantwortliche Institutionen die Ideologie von der Marginalität der in der Favela lebenden Menschen in Umlauf brachten, um ihre Ausgrenzung zu legitimieren. In einem damaligen *Leão XIII*-Bericht heißt es etwa:

»Die Familien kommen aus dem Landesinneren rein und vereint – ob legal oder nicht – in einer stabilen Weise an. Die Desintegration beginnt in der Favela als Konsequenz der Promiskuität, der schlechten Beispiele und der finanziellen Probleme. Die Kinder wohnen dem sexuellen Akt bei. Mädchen werden verführt und verlassen. [...] Alkohol und Drogen dienen dazu, die enttäuschten Illusionen, De-

mütigungen und Nahrungsdefizite des Favela-Lebens abzustumpfen. Die Nächte gehören den Kriminellen.« (zit. in ebd.: 125)

Die Kirche, die ihre Mission explizit als »moralischen Kreuzzug« verstand, gründete eine zweite, ebenso paternalistisch agierende Stiftung und taufte sie *Kreuzzug des Heiligen Sebastian*. Ab 1955 errichtete sie unter dem späteren Befreiungstheologen Dom Helder Camara das erste *Low-Cost-Housing*-Projekt – heute ein Slum in der reichen Südzone –, das Bewohner:innen zerstörter Favelas aufnehmen sollte (vgl. Dietz 2000: 161).

Als hegemoniales Muster jeglicher Favela-Politik bildete sich der Klientelismus heraus. Er basierte auf einem auf die Kolonialzeit zurückreichenden Typus persönlicher Abhängigkeit zwischen »Herrscher« und »Volk«. Im armen, durch feudalistische Latifundien dominierten Nordosten Brasiliens, aus dem die meisten der nach Rio de Janeiro Zugewanderten stammten, prägte dieser vorkapitalistische Herrschaftstypus noch weite Strecken des 20. Jahrhunderts. Unter Kontrolle eines *coronel* (Oberst) genannten Regionsfürsten tauschte eine »Herde« ökonomisch abhängiger Bauern ihre Wahlstimmen gegen materielle Leistungen. Anders als beim ländlichen *coronelismo* basierte die modernisierte urbane Version dieses politischen Tauschhandels auf freiwilligen Vereinbarungen zwischen einflussreichen Personen und ihrer Klientel. Materielle Güter reichten von Lebensmittelpaketen bis hin zum Versprechen, nach siegreichen Wahlen Wasser- oder Stromleitungen in die jeweilige Favela zu legen. Zur Wahl stehende Politiker:innen etablieren dort noch heute sogenannte *cabos eleitorais* (dt. in etwa Anführer:innen von Wahlen) als ihre Mittelpersonen und Sprachrohre. Gegen Bezahlung lassen sich dafür oft geachtete Persönlichkeiten einer Favela anwerben, die ihre Autorität instrumentalisieren, um ihre Klientel auf eine bestimmte Stimmabgabe zu verpflichten (vgl. Pfeiffer 1987: 106ff.). Da die Bewohner:innen über keine vollen Bürgerrechte verfügten, war der Klientelismus ihre einzige pragmatische Chance, Einfluss zugunsten der eigenen Wohnorte zu nehmen. Bis in die Gegenwart dominiert er die politische Beziehung zwischen Favela und Staat.

2.2 »Urbanização sim. Remoção nunca«: der Kampf um die Favela

Die 1960er Jahre sahen die bis dahin härtesten Kämpfe um die Favela, die seitens ihrer Bewohnerschaft maßgeblich unter dem Motto »Urbanização sim. Remoção nunca« (dt. Urbanisierung ja. Räumung niemals) geführt wurden. 1960 gewann der Journalist Carlos Lacerda die Gouverneurswahlen des neuen Bundesstaates Rio de Janeiro. Jahre davor hatte seine Artikelserie *Die Schlacht von Rio de Janeiro*, die eine politische Lösung für die als »Trampolin des Todes« markierte Favela einforderte, Aufsehen erregt. Neu im Amt übertrug Lacerda dem Soziologen José Arthur Rios,

dem die *morros* aus einer zweijährigen Studie vertraut waren, die Koordination der staatlichen Sozialdienste. Rios (2002: 68) äußerte Jahrzehnte später, er habe die *cabos eleitorais* als »Despot:innen innerhalb der Communitys« angesehen und daher »zunächst alle Kontakte zwischen ›favelados‹ und politischen ›Wohltäter:innen‹ eliminiert«. Gleichzeitig funktionierte er den bislang für Räumungen zuständigen *Dienst zur Wiederherstellung von Favelas und anti-hygienischen Wohnungen* (SERFHA) in ein Institut zur Gründung von Ortsvereinen um. Er initiierte in nur zwei Jahren 75 solcher Assoziationen. Noch in den 2000er Jahren betonte Rios sein Ideal der Demokratisierung (ebd.), obwohl er die neuen Vereine dem Staat unterworfen hatte. Sie hatten in Verträgen zuzusichern, sich der behördlichen Koordination von Erziehungs- und Urbanisierungsprogrammen unterzuordnen, Neubauten notfalls mithilfe polizeilicher Gewalt zu unterbinden sowie Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten. Dafür verpflichtete sich der Staat, die Wohnverhältnisse schrittweise zu verbessern. Letztlich tauschten diese Verträge also das Versprechen auf Urbanisierung gegen die politische Kontrolle der Ortsvereine ein (Baumann Burgos 1998: 32).

Als weitere wegweisende Neuheit führte José Arthur Rios die »Hilfe zur Selbsthilfe« in die Favela-Politik ein. Ein kollektives Bauprogramm von Gemeindezentren, Gesundheitsposten oder Schulen bezeichnete er nach dem ländlichen Begriff für Nachbarschaftshilfe als *Operação Mutirão*. Dabei stellte die Landesregierung technisches Personal und Material, das meist aus Gebäudeabbrissen übriggeblieben war, während die »favelados« ihre Arbeitskraft einbrachten (Rios 2002: 69). *Operação Mutirão* setzte erstmals auf ihre Partizipation und versuchte ihre Lebenssituation mit sozialen und ökonomischen Maßnahmen zu verbessern. Rios betonte als erster auch die urbanistischen Qualitäten der Favelas, die er mit mittelalterlichen Städten verglich und lediglich bezogen auf ihre Wohn- und Infrastrukturstandards aufwerten wollte.

Diese trotz paternalistischer Züge erstmals auf Emanzipation setzende Strategie geriet durch Politiker:innen, die um ihre Wahlchancen fürchteten, und durch die Immobilienbranche, die Favelas in der ökonomisch wertvollen Südzone räumen wollte, unter Beschuss.

Nach nur anderthalb Jahren musste Rios der konservativen Sandra Calvacanti weichen, die eine brachiale Räumungspolitik in Gang setzte (und in den 1990er Jahren erneut mit kommunalen Favela-Programmen befasst wurde, obwohl sie ihre Zerstörungspolitik jahrzehntelang verteidigt hatte). Mit ihrer Zuständigkeit etablierte Gouverneur Lacerda das repressive *Programa de Remoção* (dt. Räumungsprogramm), um das Phänomen der Favela zu vernichten. Geräumte wurden in weit entlegene Sozialwohnkomplexe (i.O. *conjuntos habitacionais*) umgesiedelt, deren Bau eine neue nationale Wohnungsbank (BNH) finanzierte. Unter anderem entstanden dabei die aus den USA co-finanzierte Vila Kennedy und die heute ironischerweise zum Symbol für die Gewalttätigkeit der Favelas mutierte Cidade de Deus. Im

Gegenzug politisierten sich die Kader der Ortsvereine gegen ihren Missbrauch als *cabos eleitorais*, der nach dem Abgang von José Arthur Rios erneut eingesetzt hatte. Sie gründeten 1963 den Dachverband FAFEG, der den Widerstand gegen die Repressionen organisierte und konfrontativ das Recht der Favelas auf öffentliche Infrastrukturen einforderte.

Der Militärputsch von 1964 setzte dieser polarisierten Situation ein Ende, forcierte die Räumungspolitik und brach den Widerstand dagegen mit Gewalt. Für die Militärs war die ideologisch umkämpfte Wohnungspolitik, die der Linken in den Favelas eine dominante Position sicherte, strategisch bedeutsam, um ihrem Regime Legitimation zu verschaffen. Kurz nach dem Putsch besetzten Soldaten den Morro do Pasmado, der schließlich niedergebrannt wurde. Auch das in der Südzone gelegene Praia do Pinto, das 7000 Bewohner:innen zählte, wurde durch einen gestifteten Brand zerstört, als sich diese massiv gegen ihre Umsiedlung wehrten. In den folgenden Jahren wurden zahlreiche Vorsitzende der Favela-Vereine und das Präsidium der FAFEG verhaftet, einige auch ermordet, und durch »staatsstreue Vasallen« ersetzt (Dietz 2000: 168).

Der vom Regime erlassene Verfassungsakt Nr. 5 sprach »subversiven Elementen« ihre Bürgerrechte ab und setzte verbliebene Aktivist:innen einer ständigen Verhaftungsgefahr aus. Die Behörden kontrollierten nun alle Aktivitäten der Ortsvereine. Im später geräumten Catacumbi, so berichtete Janice Perlman (1977: 59), verwandelte sich der lokale Verein in ein uniformiertes Überwachungskomitee, das keinerlei Baumaßnahmen zuließ und den Zugang zur Siedlung streng kontrollierte. Viele Assoziationen lösten sich in dieser Phase lieber auf. Bis 1974 wurden 80 Favelas geräumt und ihre etwa 140.000 Bewohner:innen in 35 weit vom Stadtzentrum entfernte Wohnkomplexe umgesiedelt (vgl. Happe 2002: 93). Über das Angebot, in den neuen Siedlungen subventionierte Eigenheime erwerben zu können, versuchte die nationale Wohnungsbank die Umgesiedelten zu befrieden und an die gesellschaftlichen Normen der Militärs anzupassen.

Ein insgeheimer individueller Widerstand verurteilte diese Politik jedoch zum Scheitern: Allein zwischen 1970 und 73 stieg die Zahl der in Favelas lebenden Menschen trotz großflächiger Räumungen um ein Drittel. Familien zogen oft erst in eine Favela, wenn deren Räumung angekündigt wurde, um eine neue Sozialwohnung zu ergattern. Später traten sie diese illegal zu einem Aufpreis an Besserverdienende ab, die keinen Anspruch darauf hatten, und kehrten in eine Favela zurück. Als Zeichen des Protestes rief die FAFEG die Umgesiedelten dazu auf, Miet-, Strom oder Wasserzahlungen zu verweigern (Happe 2002: 200). Ohne dies kollektiv zu organisieren, zahlten 1970 etwa drei Viertel von ihnen ihre Mieten in den neuen Siedlungen nicht. Sie sparten diese solange ein, bis sie Monate später zwangsgesäumt wurden (Pfeiffer 1987: 135). Mitte der 1970er Jahre stellte die Wohnungsbank den Siedlungsbau für Geringverdienende schließlich ein. Die auf die Vernichtung der Favela zielende Politik des Militärregimes war gescheitert.

Allerdings agierte der Staat selbst während der Militärdiktatur nicht als hermetischer Apparat. Bereits 1968, als die stärkste Repressionsphase einsetzte, gründete der mit einer Favela-freundlichen Kampagne gewählte Gouverneur Negrão de Lima die *Companhia do Desenvolvimento de Comunidades* (CODESCO; dt. Gesellschaft für Gemeindeentwicklung), die partizipative Urbanisierungsprogramme entwickeln sollte. Allein der im Namen dieser Institution verwendete Begriff der *comunidade*, der noch heute als nicht-stigmatisierendes Synonym für »Favela« genutzt wird, verweist auf ein ihr wohlmeinendes Gründungsmotiv. Zwar scheiterten die meisten der vorgesehenen Programme an der Obstruktion des Regimes, mit der modellhaften Urbanisierung des zur Räumung vorgesehenen Brás de Pina gelang jedoch ein symbolischer Sieg gegen die Repression.

Eine zentrale Rolle spielte hier das junge Architekturteam *Quadra*, das sich oppositionellen Bewegungen zugehörig fühlte und für die FAFEG arbeitete (Pereira da Silva 2002). *Quadra* war vom weltweit einflussreichen Architekten John Turner beeinflusst, der ein selbstorganisiertes *Housing by People* (Turner 1976) als wesentlichen Beitrag ansah, um die Wohnungsfrage der Armen zu lösen. Turner arbeitete in Lima gemeinsam mit Ortsansässigen daran, die Qualität ihrer informellen Siedlungen zu verbessern. Sein bis heute zitierter Satz »sie zeigten mir Lösungen, die Probleme sind, und Probleme, die Lösungen sind«, den er in Rio nach dem Besuch von Favelas und von staatlichen Sozialwohnkomplexen äußerte, geriet zur Kampflosung gegen die Politik der Räumungen (Pereira da Silva 2002: 109). Die davon bedrohte und daher stark politisierte *comunidade* von Brás de Pina erlebte nach Turners Grundsätzen den ersten partizipativen Urbanisierungsansatz der Stadt. Gemeinsam entwickelten das Architekturteam und der Ortsverein der Bewohnerschaft einen Masterplan und setzten ihn mithilfe der CODESCO um. Die Umbaupläne für die Häuser zeichneten die darin Wohnenden selbst. Die gesellschaftliche Stimmung jener Zeit bringt allerdings eher ein Leitartikel des linksliberalen *Jornal do Brasil* auf den Punkt:

»Von der Besetzung von Grundstücken [...] bis hin zum heimlichen Abzapfen von Stromleitungen wird der *favelado* zu einem Parasiten des Staates. [...] In der Promiskuität vegetierend, bilden diese Bevölkerungsteile eine Welt ohne Rechte, aber auch ohne Pflichten. Dem utopischen Wunsch, die Favelas zu urbanisieren, stehen die elementarsten Prinzipien administrativer Logik entgegen. Das Ideal ist nicht, die Favela zu stimulieren, sondern sie zu eliminieren.« (18.05.1969, zit.n. Baumann 2001: 102)

2.3 *Favela under fire: der schmutzige Drogenkrieg*

Beginnend mit den 1980er Jahren etablierte sich in nahezu allen Favelas ein Gewaltregime, in dem militärisch bewaffnete Drogengangs und brutale Polizeiapparate eng miteinander verflochten waren. Obwohl nur wenige Bewohner:innen direkt und willentlich an diesem System partizipierten, begann dieser Drogenkomplex den Alltag der Favela bis in seine feinsten Verästelungen zu dominieren. Zwischen 1987 und 2000 kamen dabei mehr Jugendliche ums Leben als in den Kriegen Kolumbiens, Jugoslawiens, Sierra Leones, Afghanistans und Israel/Palästinas zusammen (Ramonet 2002). Allein 2003 wurden neben 45 im Einsatz getöteten Polizeikräften offiziell 1195 zivile Tote in Folge von polizeilichen Operationen gezählt. In den meisten Fällen erschossen dabei Polizeitrupps – und zwar nicht selten durch gezielte Exekutionen – Schwarze, männliche und mehrheitlich unbescholtene Jugendliche (Rede de Comunidades 2005).

In Rio verkoppelt der öffentliche Diskurs die Drogenökonomie seither ursächlich mit der Favela, obwohl dort lediglich deren Subsystem Kleinhandel (Souza 2000, 2004) lokalisiert ist. Das andere Subsystem – Import/Export/Großhandel (ebd.) – agiert eher in den nobleren Vierteln der formellen Stadt. Es organisiert neben dem Im- und Export von Drogen auch Geldwäsche, Transport oder Finanzierung, Waffenlieferungen und die Bestechung von Staatsbediensteten. Auch die Kundschaft gehört mehrheitlich der urbanen Bourgeoisie an. Diese noch heute existierende Form des Drogenkomplexes resultiert aus dem seit Mitte der 1980er Jahre vollzogenen Übergang vom eher kleinkriminell organisierten Marihuana- zum ertragreichen Kokainhandel, dessen hohe Profite durch schwerere Bewaffnung und einen komplexeren Organisationsgrad gesichert werden mussten. Das wichtigste Einfuhrtor für das primär aus Kolumbien stammende Kokain auf brasilianisches Staatsgebiet stellt das Amazonasbecken dar. Die dortigen Landebahnen und Lagermöglichkeiten landwirtschaftlicher Großgrundbesitze leisten die logistische Unterstützung dafür. Zugleich bauen solche Betriebe selbst Koka an und produzieren Kokain (ebd.).

Innerhalb von Rio de Janeiro ist der Drogenkomplex seither in mehrere verfeindete Gangs gegliedert, darunter das *Comando Vermelho* als ältestes Netzwerk, das *Terceiro Comando* und die *Amigos dos Amigos*. Bis sich ab Mitte der 2000er Jahre die Milizen und später die Truppen der »befriedenden Polizeieinheit« ausbreiteten (vgl. Kap. 3.2, 3.4), herrschte in nahezu jeder Favela im Namen eines *comandos* eine lokale Gang, deren Chef als *dono do morro*, als Herrscher über den Hügel galt. Die Favela bot sich aus mehreren Gründen als territoriale Basis für das Subsystem Kleinhandel an: Zum einen erschien der Drogenhandel vielen Armen, deren Lebensbedingungen und Perspektiven sich während der 1980er Jahre drastisch verschlechtert hatten, als »vernünftige Überlebensstrategie« (Souza 2004: 24). Zum anderen stand die Favela seit jeher außerhalb der rechtsstaatlichen Ordnung und

war nicht zuletzt aufgrund ihrer unübersichtlichen Raumstruktur für Polizeikräfte nur schwer zugänglich. Die Feindschaft zwischen den Drogenkommandos führte dazu, dass selbst räumlich zusammengewachsene Favela-Komplexe in voneinander abgeschottete Territorien lokaler Gangs zersplitterten. So können nicht einmal Ortsansässige eine Nachbarsiedlung betreten, wenn dort ein verfeindetes *comando* herrscht, weil sie sonst als Spitzel gelten würden. Selbst um Verwandte zu treffen, müssen sie in solchen Fällen auf »neutrale« Räume wie Durchgangsstraßen oder das Stadtzentrum ausweichen. Wie sehr die Gewalt als Krieg interpretiert wird, demonstrieren Bezeichnungen wie »Vietnam« oder »Gazastreifen« für Grenzzonen, die besonders stark durch Konflikte belastet sind. Wie im Krieg vertreiben die ausschließlich auf männliche »Soldaten« zurückgreifenden Gangs, die eine verfeindete Favela erobert haben, die unterlegenen Kämpfer oft gewaltsam aus ihren Wohnorten (Souza 2005).

Die *comandos* sind keine Syndikate organisierter Kriminalität, sondern strukturieren als instabile Netzwerke eher Zugehörigkeiten lokaler Banden. Ihr kooperativer Charakter dient der gegenseitigen Hilfe und knüpft an das System kollektiver Selbsthilfe an, das die Favelas seit jeher geprägt hat. Aus ökonomischer Perspektive ähneln die flexiblen Netzwerke postfordistischen Konzernen ebenso wie einer modernen Kriegsführung. Militärisches Equipment und Soldaten nehmen sie im lokalen Kriegsfall unter Vertrag. Drogenfilialen wirtschaften unter Kontrolle des lokalen *dono* dezentral als selbständige Profitcenter und verfügen über ausgefeilte Produktkontrollen sowie Marketingstrategien. Erobern Polizeitruppen eine Favela, werden Mitarbeitende flexibel entlassen und später wieder angestellt (Alvito 2001).

Dem überlokalen Netzwerkcharakter steht innerhalb der lokalen Gangs ein hierarchischer Herrschaftstypus gegenüber. Seine konkrete Form hängt von sozialen Beziehungen oder Verpflichtungen eines *dono* in seiner *comunidade* ab und bewegt sich zwischen einem gewaltsamen Paternalismus und einem offenen Terrorregime. Bis heute knüpft dieser Herrschaftstypus an die Selbstorganisation im Klientelismus an. Nicht zuletzt, weil ihre Vereine über keine legalen Regulationsinstrumente verfügten, begann die Bewohnerschaft zu akzeptieren, dass Drogenbanden für »Ordnung« sorgten. Manchmal bezahlen sie dafür eine monatliche »Steuer« an die herrschende Gang, ein andermal finanziert diese Schwimmbecken, Vereinssitz oder Tagesstätte, häufig erhalten Bedürftige Essenskörbe oder kostenlose Medikamente. Wie im Klientelismus baut dieses willkürliche Fürsorgesystem auf Gegenseitigkeit auf. Die Gangs verlangen dafür eine Unterordnung der Vereine, deren Vorstände sie selbst einsetzen, und instrumentalisieren sie als ihre legalen, gleichsam zu den Behörden vermittelnden Arme. Wer sich dagegen verwehrt, wird nicht selten ermordet. Die Beziehung zwischen Ortsvereinen und Drogenbanden sei erschreckend institutionalisiert, betonte Marcos Alvito schon Anfang der 2000er Jahre am Beispiel von Acari. Mehrheitlich sahen die Ortsansässigen dies kritisch: Als die Polizei etwa eine Favela besetzte

und die Macht der Drogengang blockierte, stoppten sie sofort die monatlichen Beiträge für ›ihren‹ eng an den Drogenchef gebundenen Verein (Alvito 2001: 153).

Über die Ortsvereine diktieren die Drogenbanden dem Staat bis heute Bedingungen für die Umsetzung von Urbanisierungsprogrammen oder legen Vetos ein, etwa wenn ein Straßenbau der Polizei die Zufahrt in eine Favela erlauben würde (vgl. Souza 2006). Sie sind so als heimliche Partner in das staatliche *Governance*-Modell eingebunden (vgl. Kap. 6). Politiker:innen wiederum versuchen in Wahlkämpfen häufig über einen Deal mit der jeweils herrschenden Drogengang, einen exklusiven Zugang zu einer Favela zu erhalten. Nicht selten unterbinden in solchen Fällen Morddrohungen konkurrierende Kampagnen (Leeds 1998: 255). Trotz dieser faktischen Herrschaft der Drogengangs verstellt die häufige Redeweise vom Drogenregime als Parallelstaat (i.O. *poder paralelo*) den Blick auf die Tatsache, dass der Staat in der Favela keineswegs abwesend ist (Souza 2000, Perlman 2010). Zum sind einige seiner Organe heimlich in das Gewaltregime involviert, zum anderen betreibt er essentielle Infrastrukturen wie Kranken- und Sozialstationen, Schulen oder Erwachsenenbildungsstätten, die zwar ineffektiv und unterausgestattet sind aber immerhin existieren.

Obwohl fein verästelte soziale Beziehungen den Gangs ein totalitäres Überwachungsregime ermöglichen und sie teilweise Terror ausüben, fürchten die Bewohner:innen die als feindliche Besatzungsmacht geltende Militärpolizei weit mehr. Die den Drogenkrieg koordinierende Spezialeinheit BOPE (*Batalhão de Operações Policiais Especiais*, dt. Bataillon für spezielle Polizeioperationen) ist zutiefst in die Gewalt verstrickt: Polizeikräfte kassieren Provisionen und Lösegeld für die Freilassung Verhafteter, transportieren Drogen, verkaufen Waffen, vergewaltigen Frauen, bestehlen Leute bei der Durchsuchung ihrer Häuser oder exekutieren unschuldige Zeug:innen und sogar nicht korrupte Kolleg:innen, die im Volksmund *bons policiais* (dt. gute Polizeikräfte) genannt werden. Auch militärpolizeiliche Einheiten, so berichteten mir Angestellte der Stadtverwaltung (Interviews 2003, 2005, 2010; siehe Kap. 6), blockieren kommunale Urbanisierungsprojekte, wenn diese ihre Geschäfte bedrohen.

Aus Sicht vieler Ortsansässiger sind Kräfte der Militärpolizei mit einem Freibrief zum Töten und Foltern ausgestattete Gangster mit Lohn und Uniform (Alvito 2001: 98). Die *Polícia Militar* aber versteht sich als Armee im Krieg. Sie wendet Antiguerillastrategien der Militärdiktatur ebenso an wie sie Kampfaktiken der Kommandos kopiert. Oft übt sie gezielten Terror aus, wenn etwa aus ihren Schützenpanzern Marschmusik und offene Morddrohungen schallen. Teilweise zerschießen solche Panzer Stromtransformatoren, wenn sie durch die engen Gassen einer Favela rattern, oder schleifen gar Erschossene hinter sich her (vgl. Rede de Comunidades 2005). Wenn die BOPE Favelas ›erobert‹, markiert sie wie die Drogengangs Hauswände mit ihrem Kürzel oder hisst ihre einen Totenkopf zeigende Flagge. Ei-

nige solcher Praktiken sind mittlerweile auch in Videoclips zu »bewundern«, die über Internetportale wie *YouTube* öffentlich zugänglich sind.

Die Ablehnung einer solchen Polizeiarbeit durch betroffene *comunidades* basiert traditionellerweise weniger auf einem Begriff der Menschenrechte als auf einem sozialen Ehrenkodex innerhalb jenes informellen Normen- und Regelsystems, mit dessen Hilfe sich die Favela ein Jahrhundert lang selbst regiert hat.

Ihre Bewohnerschaft verabscheut eine willkürliche Gewalt, die soziale Hierarchien ignoriert und nicht zwischen Angehörigen der »Arbeiterschaft« (i.O. *trabalhadores*) und solchen der »Bewegung« (*movimento*), so die Bezeichnungen für Unbescholtene bzw. für Gangs, unterscheidet. Gerade *weil* die Drogenbanden der eigenen Gemeinschaft angehören, kann aber selbst eine illegale polizeiliche Gewaltanwendung bis hin zum Mord als gerecht gelten, wenn eine Gang den sozialen Kodex selbst verletzt, etwa indem sie Terror ausübt oder den aus ihren hohen Profiten resultierenden materiellen Verpflichtungen gegenüber der *comunidade* nicht nachkommt (vgl. Alvito 2001). Wenn die illegale Ausübung von Gewalt also in Herrschaftstechniken eingebettet ist, die an kollektiven Selbsttechnologien der Bewohnerschaft anknüpfen, kann sie Teil eines konsensualen Regierens sein. Dies gilt für staatliche Organe wie die Polizei ebenso wie für die Gangs. Gewalt kann also nicht nur als repressive Unterwerfungstechnik verstanden werden, sondern hat eine produktive Funktion.

2.4 *Associações de moradores* im Wandel

Die *associações de moradores* genannten Ortsvereine der Favela-Bevölkerung hatten im Auflösungsprozess der Diktatur einen Gründungsboom erlebt. Ab Ende der 1970er Jahre hatten kritische Oppositionelle in Dissidenz zu ihrem kooptierten Dachverband, der nun FAFERJ (*Federação das Favelas do Rio de Janeiro*) hieß und noch heute so heißt, gegen Klientelismus und staatliche Vormundschaft agitiert. Zunächst meist unter dem Schutz katholischer Basisgemeinden forderten sie ihre Bürgerrechte ein und förderten das politische Bewusstsein ihrer *comunidades*. Dabei dominierten kommunitaristische Ideologeme, die auf lokale Identitäten, basisdemokratische Organisationsformen und eine autonome Position gegenüber Staat und Parteien setzten (vgl. Zaluar 1998). Beeinflusst von Manuel Castells' (1977) Begriff der »städtischen sozialen Bewegung« begannen linke Intellektuelle das Potenzial kritischer Ortsvereine für eine demokratische Erneuerung Brasiliens zu debattieren – und meist hoffnungslos zu überschätzen. Denn der vorherrschende Charakter dieser Stadtteilorganisationen, deren Ziele sich überwiegend darauf beschränkten, konkrete Probleme und Sachfragen pragmatisch zu bearbeiten, war in Wirklichkeit defensiv (vgl. Happe 2002: 246ff.). Spätestens Mitte der 1980er Jahre gewann der klientelistische Tauschhandel wieder die Oberhand über politische

Forderungen. Dies folgte nicht zuletzt der Praxis von Rio de Janeiros linkspopulistischem Gouverneur Leonel Brizola, der Repräsentant:innen der Favela wie schon seine Vorgänger als *cabos eleitorais* missbrauchte.

Spätestens in den 1990er Jahren mutierten viele Ortsvereine zu informellen »Minipräfektoren« (Alvito 2001, siehe unten). Sie verloren zunehmend ihren Charakter als politische Akteure im Kampf um die bürgerlichen Rechte der in der Favela lebenden Menschen. Die zu dieser Zeit erstarkenden Drogenbanden, die sich parallel zur kriegesischen Aufrüstung der Militärpolizei in unternehmerische Gewaltakteure mit modernster Kriegsbewaffnung transformierten, spielten dafür eine zentrale Rolle. Um in den Favelas ihre territorialen Interessen zu schützen, begannen sie eigene Präsidentschaftskandidat:innen für die Ortsvereine zu präsentieren. Diese fanden sich zusehends eingeklemmt zwischen der Gewalt der Polizei und jener der Gangs, die sie instrumentalisierten und Widerstand dagegen gewaltsam bis hin zum Mord brachen (vgl. Souza 2004). Den ursprünglich partizipatorischen Akt der Vereinswahlen dominierte nun eine »Kultur der Angst« (Zaluar 1998: 212), die Assoziationen verloren ihre »Identität des Kampfes, des politischen Drucks und der Mobilisierung« (Pandolfi/Grynszpan 2002: 253).

Das Gewaltphänomen resultierte nicht zuletzt aus der Militärdiktatur, die eine beginnende politische Integration der Favela-Bevölkerung zerstört und sie von klientelistischen Netzwerken abhängig gemacht hatte. Als Patrone waren Politiker:innen und Drogenchefs austauschbar. In Bezug auf die Polizeigewalt überschritten sich dagegen die Interessen von Bewohnerschaft und Gangs. Die Gewalt ernährte sich von der Abwesenheit und der mangelnden Legitimität des Staates (Baumann Burgos 1998: 44f.) und beförderte einen nach dem Ende der Diktatur wiederauflebenden Klientelismus. Da clevere Ortsvorsitzende nach allen Seiten um den höchsten materiellen Tauschwert für »ihre« Wahlstimmen verhandelten, bevorzugten viele Politiker:innen solche mit den engsten Beziehungen zu den Drogengangs als ihre *cabos eleitorais*, weil sie sich von ihnen eine größere Autorität versprachen, um die ausgehandelten Wahldeals durchzusetzen (vgl. Alvito 2001: 138f.).

Die früher einseitige Abhängigkeit der Bewohnerschaft wich eher einer Gegenseitigkeit. Für einen Sieg im politischen Tauschhandel müssen die dafür versprochenen »Wohltaten« meist schon vor einer Wahl »ausgezahlt« werden. Noch heute sind die Kader der Vereine nie bloße Strohfiguren von Gangs und politisch Verantwortlichen – als solche könnten sie ihnen nicht viel nützen. Vielmehr besitzen sie innerhalb eines breiten Kontinuums möglicher Positionen einen Handlungsspielraum, der meist von der persönlichen Autorität ihrer Vorsitzenden abhängt. Grundsätzlich, so Marcos Alvito, ähneln sich die meist männlichen Ortspräsidenten und die ausschließlich männlichen Drogenchefs strukturell, indem sie sich jeweils als virile Machos inszenieren, deren Macht sich unter anderem im »Besitz von Frauen« (ebd.: 145) symbolisiert. In einer feudalistischen Manier gelten autokratisch regierende Präsidenten als Herren oder Eigentümer (*donos*) der Vereine,

während einem Drogenchef die Favela, als deren Patron er fungiert, im Ganzen »gehört«.

Viele Ortsvereine der Favelas tragen in diesem Sinne vordemokratische Züge. Ihre Präsidenten und in seltenen Fällen auch Präsidentinnen verstehen sie als Organe, über die sie nach Belieben verfügen können, und auch die Bewohner:innen identifizieren die Vereine über ihre *donos*, wie sie männliche Chefs bezeichnenderweise oft nennen (den weiblichen Begriff der *dona* habe ich dafür nie gehört oder gelesen). In manchen Fällen weisen die Vereine selbst mafiöse Strukturen auf. So existierte in der parallel zum Nobelviertel Barra da Tijuca entstandenen Favela Rio das Pedras schon in den frühen 2000er Jahren zwar keine Drogenmafia, aber ein milizartiger Ortsverein, der eine informelle Geheimpolizei unterhielt und den Konsum sowie den Handel mit Drogen gewaltsam unterband. »Mit eiserner Hand« (Baumann Burgos 2002: 55) etablierte das Präsidium dort das autoritäre Regime einer informellen Parallelbehörde, die in Favela-interne Immobilienspekulationen verwickelt war und den Siedlungsausbau steuerte. Ihre konservative Moralpolitik definierte Ein- und Ausschlüsse sozialer Gruppen und verbannte etwa Drogenkonsumierende unter Gewaltandrohung aus der Favela (vgl. Moutinho 2002). Derartige Organisationen bildeten die Keimzellen der sich ab den späten 2000er Jahren rapide ausbreitenden Milizen (vgl. dazu Kap. 3.2).

Jenseits des Niedergangs der Favela-Vereine als politische Akteure existierte auch eine kollektive Identität des *»favelado«*, die eine soziale Bewegung repräsentieren könnte, immer weniger. Dies gründete nicht zuletzt auf dem rapiden Wachstum der Pfingstkirchen, das die *comunidades* religiös gespalten und »eine komplexe Artikulation zwischen dem Politischen und dem Religiösen« (Zaluar 1998: 223ff.) erzeugt hat. Im Kontext des Drogenkomplexes traf die fehlende Legalität der Favelas auf kollabierende moralische Werte: Viele Ortsansässige fanden sich in ein unauflösbares Geflecht zwischen korrupten Staatsorganen und gewaltsamen Drogenbanden verwickelt, mithin in einer Situation, in der Kategorien einer legitimen sozialen Ordnung restlos verschwammen. Gerade religiöse Ideologeme, die scharf zwischen Gut und Böse trennen und auf dem Erweckungserlebnis einer reinigenden Katharsis basieren, schienen hier den Ausweg einer verlässlichen Ordnung zu weisen. Indem die Pfingstkirchen die geschlossene Gemeinschaft einer häuslichen, vertrauten und überschaubaren Welt predigten, die sich abseits einer schmutzigen Realität nur um sich selbst sorgt, trugen sie dazu bei, das politische Subjekt des *favelado* zu zersplittern (vgl. dazu Kap. 7).

2.5 Von der Favela zum Wohnviertel? Das Versprechen der Urbanisierung

Rios Stadtentwicklungsplan (*Plano Diretor*) verbriefte 1991 erstmals ein Urbanisierungsrecht für Favelas und schuf planungs- und finanztechnische Grundlagen dafür. Er »empfiehlt in seinen Artikeln 148 bis 151 die Aufnahme von Favelas in Stadtpläne und Kataster, betont die Beteiligung der Lokalbevölkerung am Urbanisierungsprozess, empfiehlt die »Bewahrung der Typizität der lokalen Besiedlung« und das Bemühen um die Integration von Favelas in die Stadtviertel« (Leitão/Barboza/Delecave 2014: 5). Der Wahlsieg des Linkspopulisten Leonel Brizola zum Gouverneur und das Ende der Militärdiktatur hatten dies in den 1980er Jahren vorbereitet. Ein neues *Projeto Mutirão*, das in bezahlter Selbsthilfe fast 250 Favelas mit minimaler Infrastruktur versorgte, oder das erste Legalisierungsprojekt *Cada Família, um Lote* (dt. etwa: jeder Familie ein Grundstück) mit allerdings enttäuschender Bilanz bereiteten den Boden für das integrierte Urbanisierungsprogramm *Favela-Bairro*. Dieses startete 1994 mit einem Kredit der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Höhe von 300 Millionen US-Dollar mit dem Ziel, Favelas in formelle Stadtviertel umzuwandeln. In mehreren Umsetzungsphasen dauerte *Favela-Bairro* bis 2009 an. Insgesamt hatte die Bank bis dahin 600 Millionen und die Stadt Rio de Janeiro weitere 120 Millionen Dollar in die Urbanisierung von 147 programmbegünstigten Siedlungen investiert (ebd.: 6).

Favela-Bairro gründete auf dem damaligen stadtpolitischen Konsens, dass sich das Bürgerrecht auf Wohnen nicht nur auf die Verfügung über ein Haus oder eine Wohnung, sondern auch auf die vom Staat zu gewährleistende »Integration in die urbane Infrastruktur« erstrecke (ebd.). Es sollte in den Favelas alle technischen und sozialen Infrastrukturen – wie Kanalisation, Strom, Straßen, Sport- und Freiflächen, Kinder-, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen – vervollständigen oder neu errichten. Die Siedlungen sollten gänzlich in die urbanen Planungsprozesse integriert und bezogen auf ihre öffentliche Ausstattung in reguläre Stadtviertel transformiert werden. Zugleich sollte das Programm lokale Ökonomien fördern, um zusätzliche Einkommensoptionen zu generieren. Die Präfektur kündigte außerdem an, die irregulären Grund- und Bodenverhältnisse zu formalisieren, das heißt die Hausbesitzenden mit offiziellen Landtiteln auszustatten und so in reguläre Eigentümer:innen zu verwandeln.

Obwohl die Ziele von *Favela-Bairro* breite Zustimmung fanden, gab es vielfach Kritik an seiner Umsetzung: »Sie kommen bereits mit einem Projekt an, das sich nicht mehr ändern lässt, [...] es ist keine Diskussion darüber möglich«, klagte etwa José Martins (2003: 55), ein langjähriger Ortspräsident in der Rocinha. Neben ungenügenden Partizipationschancen, einer intransparenten Gebietsauswahl und einer mangelnden sozialen Ausrichtung (vgl. Machado da Silva 2002) unterlag auch ein modernistischer Städtebau, dem José Arthur Rios (2002: 76) zufolge ein aufge-

räumtes Areal wichtiger als vorgefundene Strukturen gewesen sei, der Kritik. Mit Blick auf eine staatsbürgerliche Emanzipation der in der Favela lebenden Menschen war das partizipative Urbanisierungsprojekt, das Rios in den 1960er Jahren in Brás de Pina verantwortet hatte, der eher instrumentellen Logik von *Favela-Bairro* tatsächlich weit überlegen.

Gleichwohl bedeuteten die nicht mehr hinterfragbare Selbstverständlichkeit, mit der alle irregulären Siedlungen urbanisiert werden sollten, sowie die schiere Größe von *Favela-Bairro* einen Entwicklungssprung. Erstmals in der Geschichte der Favela enthielt eine auf sie zielende staatliche Intervention zudem keine Ziele für eine moralische oder kulturelle Umerziehung der Bewohnerschaft. Darin lag ein notwendiger und bedeutsamer Schritt, um die Favela von ihrem Stigma befreien zu können (Baumann Burgos 1998: 48f.). Der soziale Part des Programms stützte sich wesentlich auf die noch vitale ländliche Tradition der gegenseitigen Selbsthilfe (i.O. *mutirão*) sowie des informellen Selbstregierens. Obwohl sich in den 1990er Jahren weniger der in der Favela lebenden Menschen in Selbstorganisationen engagierten als zwei Dekaden früher (Perlman 2010), überragte die Dichte ihrer in Gemeindezentren, Kulturvereinen, Selbsthilfegruppen, kommunitären Radiostationen oder Pfingstkirchen organisierten Zivilgesellschaft jene der formellen Stadt. *Favela-Bairro* band solche Initiativen ebenso ein wie die traditionellen Ortsvereine, deren Vorsitzende als informelle Bürgermeister:innen fungierten, und beauftragte immer mehr NGOs damit, soziale Dienstleistungen zu erbringen. Diese waren ab den 1980er Jahren zunächst von außen in die Favelas getragen worden und teilweise zu großen Apparaten herangewachsen. Innerhalb kürzester Zeit dehnte sich etwa das soziale Engagement von *Viva Rio*, einer 1993 in Reaktion auf ein Polizeimassaker gegründeten NGO, auf circa 350 Siedlungen aus. Ihre sozialen, kulturellen und ökonomischen Projekte kollaborierten eng mit Behörden und wurden von internationalen Organisationen sowie großen Konzernen wie Coca-Cola oder VW gesponsert.

Die klientelistisch eingebetteten *associações de moradores* wiederum mutierten im Rahmen der Urbanisierung zu informellen »Minipräfekturen« (Alvito 2001), denen durch die Akquisition und Verteilung öffentlicher Ressourcen neue Macht zufluss. Nicht selten gründeten sie nun selbst NGOs, um weitere Gelder zu akquirieren. Dies öffnete eine Quelle für Korruption. Selbst basisdemokratische Vereine verkamen zu Bürokratien, die staatliche Programme umsetzten. Viele ihrer Engagierten wurden als sogenannte Gemeindeagent:innen (i.O. *agentes comunitários*) in die kommunalen Behörden eingeschleust: »Als ich mich umschaute hatten alle einen Job«, erinnerte sich etwa ein Aktivist (Martins 2003). Diese *agentes comunitários*, so zeigt die Soziologin Marcella Araujo Silva (2013: 104) am Beispiel des Morro do Borel, »waren die Hauptfiguren eines bedeutenden politischen Wandels: der Verlagerung der Politik in der Favela von den *associações de moradores* zu den NGOs«.

Am Beispiel einer Kindertagesstätte, die eine Gruppe von Feministinnen in Borel gegründet hatte, um als Mütter am Arbeitsmarkt partizipieren zu können, untersuchte Araujo Silva die Ambivalenzen dieses Wandels. Demnach gelang es den Aktivistinnen vermittelt über lokale *agentes comunitários*, ihre Kita von der kommunalen Sozialbehörde finanzieren zu lassen. In Selbstorganisation schufen sie nicht nur eine öffentliche Infrastruktur, die der Staat nicht bereitgestellt hatte, sondern auch Arbeitsplätze im sozialen Sektor für sich selbst. Die *agentes comunitários* wiederum vermittelten aus den Behörden heraus, denen sie nun angehörten, Wahlstimmen an die Politiker:innen, die die staatlichen Mittel für die Kita organisiert hatten und fungierten so als deren *cabos eleitorais*. Faktisch »konsolidierten sich die *agentes comunitários* als die neuen politischen Vertretungsorgane der Favelas« (ebd.: 106). Bezogen auf das Regieren der Bewohnerschaft etablierten sie sich, indem sie zugleich die Favelas politisch repräsentierten und Bedienstete des Staates waren, »zu einem Mechanismus der sozialen Kontrolle« und agierten als »Unsichtbare, die die Abwesenheit des Staates stützten« (ebd.: 107).

Als neue Form der staatlichen Kooptation band dieses öffentlich-private Kooperationssystem lokale Führungseliten informell ein und knüpfte so direkt an den Klientelismus an. Es förderte und instrumentalisierte den informellen Typus des Selbstregierens, erzeugte eine Konkurrenz zwischen Favelas und Aktivist:innen um staatliche Ressourcen, »pulverisierte« gemeinsame politische Positionen und behinderte letztlich das Entstehen einer formalen lokalen Demokratie (Machado da Silva 2002: 232). Zugleich kam dieses »Regieren durch Community« (Rose 2000) aber erstmals ohne die traditionellen moralischen und kulturellen Unterwerfungsmuster aus. Vielmehr forderte es dazu auf, die scheinbare Freiheit des Selbstregierens spezifisch zu gebrauchen.

Während *Favela-Bairro* immerhin ein Fünftel aller Favelas in Rio mit urbanen Basisinfrastrukturen und öffentlichen Diensten versorgte, versagte es darin, ihr Stigma zu beenden, mit rechtsstaatlichen Mitteln das Gewaltregime des Drogenkomplexes zu bekämpfen, die prekären Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen zu verbessern und die Eigentumsverhältnisse von Grund und Boden offiziell zu regulieren. Damit verfehlte es in zentralen Aspekten sein Ziel, die Favelas in reguläre Stadtviertel zu transformieren. In einer quantitativen Studie zeigen Atuesta/Soares (2016), dass *Favela-Bairro* so gut wie keine positiven Effekte auf materielle Lebensbedingungen hatte. Gleichwohl kamen die Investitionen in öffentliche Infrastrukturen primär jenen Bevölkerungsgruppen zugute, die mit den schwierigsten Lebenssituationen zu kämpfen hatten, und sie verringerten so die eklatanten sozialen Ungleichheiten in Rio de Janeiro. Entgegen den behördlichen Zusagen erhielt die Favela-Bevölkerung allerdings keine Landtitel und verblieb so in ungesicherten Wohnverhältnissen: »Das meiste, was die Stadt in dieser Hinsicht tun konnte, waren Konzessionen für das »Nutzungsrecht«, d.h.

behördliche Entscheidungen, die einseitig von der Stadtverwaltung umgesetzt wurden.« (ebd.: 4)

Allerdings argumentieren Atuesta und Soares zu Recht, dass das Versagen offizieller Landtitel zumindest in besseren räumlichen Lagen einen gewissen Schutz vor Spekulation, Ausverkauf und Gentrifizierung bot, da Häuser ohne Eigentumsurkunden auf formellen Immobilienmärkten nicht gehandelt werden können. Die enormen Investitionen der öffentlichen Hand demonstrierten zugleich, dass der Staat die Legitimität des informellen Hausbesitzes nicht mehr infrage stellte und garantierten so immerhin faktisch eine hohe Wohnsicherheit. Dies galt allerdings nur so lange, und darin lag die Crux der anhaltenden Informalität, wie die offizielle Programmatik der ›erhaltenden Urbanisierung‹ andauern und die Staatsapparate nicht zu einer historisch vorherrschenden Politik der Räumung zurückkehren würden (siehe dazu Kap. 3).

2.6 Herrschaftsverhältnis, Lebensweise und Keimzelle urbaner Bürgerschaft: die Informalität der Favela

Ende des 20. Jahrhunderts war nicht mehr zu leugnen, dass die Bewohnerschaft der Favela im jahrzehntelangen Kampf um das Recht auf ihre selbst errichteten Wohnstätten gesiegt hatte. Der Staat hatte ihre Existenzberechtigung anerkannt, verfassungs- und planungsrechtlich verankert und damit begonnen, ihre Infrastrukturen zu urbanisieren. Die zentrale Differenz der *morros* zum *asfalto* lag nun weniger in ihrer allmählich schwindenden Irregularität, als in einem die Favelas beherrschenden Regime der Gewalt, das essentiellen Regeln des Rechtsstaates spottete. Formale Legalität, so musste die Bewohnerschaft zur Kenntnis nehmen, bedeutete noch keine faktische Herrschaft des Rechts. Zwar hatte sie ihr Recht auf eine legitime urbane Bürgerschaft formal erkämpft, deren historisch eingeschränkte, hierarchisierte und fragmentierte Form aber lebte unter dem Regime des Drogenkrieges fort. Sie geriet zwischen die diskursiven, sozialen und räumlichen Fronten der Kriegsparteien und ins Visier einer mörderischen Gewalt, die staatliche Repressionsorgane nicht weniger brutal ausübten als die von ihnen bekämpften und sich auch untereinander bekriegenden Drogengangs. Ich versuche im Folgenden resümierend zu analysieren, wie die im Verlauf der Geschichte der Favela angewandten Machttechnologien mit den Selbsttechnologien ihrer Bewohnerschaft interagierten.

Von ihrer Entstehung an hatte die Favela als ›das Andere‹ der bürgerlichen Stadt gegolten. Folgt man Zygmunt Bauman (1999: 37f.), können die vermeintlich gegensätzlichen staatlichen Regierungstechniken, die im Lauf des 20. Jahrhunderts gegenüber der Favela zum Einsatz kamen, als komplementäre Strategien eines im modernen Staat »gegen die Fremden und das Fremde geführten Zermürbungs-

krieges« gelesen werden. Dabei ziele eine Strategie der Assimilation darauf, alle Unterschiede durch Einverleibung aufzulösen, eine Strategie der Aussonderung dagegen suche ›das Andere‹ zu exkludieren oder zu vernichten. Während in den wiederkehrenden Versuchen, Favelas zu eliminieren oder sie aus der urbanen Gesellschaft auszugrenzen, unschwer die Aussonderungsstrategie zu erkennen ist, signifiziert die historische Abfolge autoritärer Umerziehungsprogramme und modernistischer Eingriffe in ihre sozialen Räume die Assimilationsstrategie. Deren Substanz offenbarten bereits die *parques proletários* als frühe Ersatzsiedlungen für zerstörte Favelas, die Lagern glichen und ihre Bewohner:innen einer autoritären Umerziehung unterwarfen. Um ihre Teilhabe an der urbanen Gesellschaft zu legitimieren, musste sich die Favela-Bevölkerung den Regeln und Normen der bürgerlichen Stadt unterwerfen, ohne einen Anspruch auf volle Bürgerschaft zu erhalten. Zugleich versuchten staatliche Apparate ihre Selbstorganisationen zu instrumentalisieren, um sie als ›Andere‹ beherrschen und assimilieren zu können.

Auch die seit den 1990er Jahren gewandelten staatlichen Regierungstechniken erscheinen zunächst als unvereinbare Alternativen. Die Aussonderungsstrategie transformierte sich nun, da die Favela offiziell anerkannt war und nicht mehr vernichtet werden konnte, in einen gewaltintensiven Drogenkrieg. Unterstützt durch die zuständigen Landesregierungen und die bürgerliche Öffentlichkeit verantworteten die kriegesischen Operationen und die extralegalen Hinrichtungen der von jeglichen Normen entfesselten staatlichen Sicherheitsorgane jährlich über 1000 Todesopfer in Rios Favelas. Der sich verfestigende Drogenkrieg manifestierte sich nicht nur in der Alltäglichkeit seiner physischen Gewalt. Weil der öffentliche Diskurs die Favela mit Gewaltkriminalität gleichsetzte, verschärften sich auch strukturelle und symbolische Gewaltformen, die sich historisch mit dem hierarchischen Verhältnis zwischen den Institutionen der bürgerlichen Stadt und der von ihnen stigmatisierten Favela verankert hatten.

Während strukturelle Gewalt durch »invariabel konstruierte Maßnahmen, wie zum Beispiel Regelungen, Regime, Institutionen, Gesetze« auf eine »akteursindifferente« Weise diskriminiert und ausgrenzt (Grant-Hayford/Scheyer 2016: 1), manifestiert sich symbolische Gewalt maßgeblich in sprachlicher Form. Pierre Bourdieu zufolge operiert sie auf der »symbolisch-sinnhaften Ebene des Selbstverständlichen und Alltäglichen« (Moebius/Wetterer 2011: 1) und führt dazu, dass gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse bejaht, verinnerlicht und verschleiert werden. Die unterschiedlichen Formen des staatlichen Zugriffs auf die Favela des 20. Jahrhunderts verweisen so auf den systematischen Einsatz jeglicher Formen einer ›Macht über‹. Entsprechend ihrer Aufschlüsselung durch Kim Dovey (2010: 14) herrschten dabei Gewalt als Entzug jeglicher Handlungsfähigkeit, Zwang als Androhung von Gewalt, Beherrschung als Einschüchterung sowie Autorität im Sinne der Nutzung »institutioneller Rahmungen (Staat, Kirche, Schule)« vor.

Gilt Regierung mit Michel Foucault als Kontaktpunkt zwischen der Lenkung von Subjekten durch Andere und ihrer Selbstführung, erschließt sich die Komplexität des jahrzehntelangen Gewaltregimes der Favela. Es gründet auf Herrschaftstechniken des Kolonialismus, der Sklaverei, der Militärdiktatur sowie einer bürgerlichen Gesellschaft, die die Favela als etwas zu ihr Fremdes konstruierte. Diese Herrschaftstechniken verschränkten sich mit den historisch gewachsenen Formen der Selbstführung. Hier sind Traditionen des außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stehenden Normen- und Regelsystems, der kollektiven Selbsthilfe und der zwangsweisen Verantwortung der Bewohnerschaft für ihr eigenes Schicksal zu nennen. Konsensuales Regieren ist dort möglich, wo Fremd- und Selbsttechnologien kompatibel werden und sich verschränken. Gewalt fungiert dann nicht nur als repressive Unterwerfungstechnik, sondern prägt Subjektivierungsprozesse und kann für das soziale Handeln der Subjekte produktiv gemacht werden. Während eine Terrorform annehmende Herrschaft von Diktatur, Militärpolizei oder einigen Drogengangs am stillen oder offenen Widerstand scheitert, vermögen sozial eingebettete Gewaltpraktiken sowie Ideologeme, die an die überwiegend patriarchalen Formen der kollektiven Selbstführung appellieren, eine die Subjekte konsensual einbeziehende Form des Regierens aufzubauen.

Komplementär zur transformierten Aussonderungsstrategie etablierte sich in den 1990er Jahren eine Regierungstechnik, die historisch erstmals ohne moralische und kulturelle Unterwerfungsmuster operierte. Zwar wurden kulturelle Manifestationen der Favela wie der Baile Funk als vermeintliche Barbarei weiterhin mit allen Mitteln bekämpft (vgl. Kap. 4). Aber die nun startenden Urbanisierungsprogramme bauten auf die Partizipation der Bewohnerschaft. Zuständige Staatsagenturen begannen nun an die kommunitären Akteure der Favela zu appellieren, ihre Gemeinschaften selbst zu regieren. Während die häufig patriarchal geführten *associações de moradores* von Drogengangs unterworfen und instrumentalisiert wurden, stiegen Akteure wie NGOs oder die in Behörden eingebetteten *agentes comunitários* zu maßgeblichen Repräsentationsorganen der Favelas auf. Ihnen begann ein Staat, den die verfassungsrechtliche Anerkennung der Favela historisch erstmals gezwungen hatte, dort Infrastrukturen und Daseinsvorsorge zu gewährleisten, Aufgaben des lokalen Regierens zu übertragen.

Gleichzeitig etablierte sich ein Neoliberalismus, der Staat, Gesellschaft und Individuum in ein neues Verhältnis setzte und »die brasilianische Karikatur des Wohlfahrtsstaates« (Souza 2004: 24) zerstörte. Zum Ausdruck kam dabei ein »Tod des Sozialen«, der sich mit Nikolas Rose (2000: 79) nicht nur in der »amoralischen Sprache des Marktes« wie Privatisierung, Wettbewerb oder Kostenrechnung offenbarte. Vielmehr rückte das Soziale auch »zugunsten der ›Gemeinschaft‹ in den Hintergrund, die sich als neues Territorium präsentiert, auf dem das individuelle wie das kollektive Leben regiert wird« (ebd.). Rose bezeichnet ein solches Verlagern staatlicher Verantwortung auf gemeinschaftliche Loyalitätsbeziehungen der Nach-

barschaft, Verwandtschaft oder Religion als »Regieren durch Community«. Entstammte das politische Konzept der Community im späten 20. Jahrhundert einem linken Aktivismus, der etwa in Form von urbanen Bewegungen (vgl. Castells 1983) gegen staatliche Entmündigung kämpfte und dabei auf lokale Autonomie setzte, begann der Neoliberalismus die territoriale Form der Gemeinschaft als Ergänzung zum eigenverantwortlichen Subjekt zu etablieren. Diese politische Neugeburt der Community bewirkte einen Wandel in der Moral: Die Subjekte erschienen nun als Akteure, die Bindungen an ihre Familie oder ihre »besondere Überzeugungs- und Wertegemeinschaft« nutzbar machen sollten, um ihre Bedürfnisse selbstverantwortlich befriedigen zu können (Rose 2000: 84).

In der Favela etablierte sich ein solches »Regieren durch Community«, indem Behörden zivilgesellschaftliche Akteure für große Urbanisierungsvorhaben einspannten und ihnen Aufgaben der sozialen, erzieherischen und gesundheitlichen Daseinsvorsorge übertrugen. Sie kooptierten dafür traditionelle Ortsvereine und kollaborierten mit meist bürgerlichen NGOs, die mit humanitären Motiven in die Favelas intervenieren wollten. Viele Instrumente dieses Regierens, wie die zu Eigeninitiative aktivierende »Hilfe zur Selbsthilfe«, hatten progressive Favela-Politiken in den 1960er und 70er Jahren bereits vorweggenommen und erprobt – dies allerdings nicht unter der Ägide eines Neoliberalismus, dessen Motivation für solche Strategien darin lag, den Staat aus seiner sozialen Verantwortung zu entlassen und soziale Rechte abzubauen.

In Kombination mit der sozioökonomischen Polarisierung der Stadt und der »kriminellen Territorialisierung« ihrer Favelas (Souza 2004: 25) zersplitterten die Effekte eines Regierens, das lokale Gemeinschaften gegenüber einem gesamtstädtischen Sozialen priorisierte, Rios metropolitanen Raum in einzelne Fragmente. Beginnend mit den 1990er Jahren, so beobachtete Marcelo Lopes de Souza, fragmentierte sich das »räumlich-sozio-politische Gewebe« (ebd.) der Stadt in einen Archipel urbaner Enklaven, in denen faktisch der Ausnahmezustand herrschte. Ebenso wie die privat regierten *gated communities* der Bourgeoisie etablierten die unter krimineller Herrschaft stehenden Favelas nun bewachte Außengrenzen, die nicht dort lebende Menschen ausschlossen. Die Regierungsinstanzen dieser jeweiligen urbanen Enklaven – Drogengangs, Milizen, Vereinigungen von Eigentümer:innen – erließen eigene Zugangs- und Zugehörigkeitsregeln und setzten sie selbst durch. Dazwischenliegende »neutrale« Zonen, die von staatlichen Institutionen regulär regiert wurden, schrumpften nicht nur in Rio zusammen. Nezar Al-Sayyad und Ananya Roy (2006:1) etwa argumentieren, dass im späten 20. Jahrhundert viele Städte weltweit in eine neofeudale Inselwelt der regulierten *squatter settlements*, *camps* und *gated communities* zu zersplittern begannen. In einer Art »mittelalterlichen Modernität« konkurrierten nun »multiple Souveränitäten« darum, diese urbanen Inseln zu beherrschen, so ihre für Rios Favelas zutreffende Beobachtung,

und verwandelten sie in quasifeudale »Machtbereiche der Regulation oder Zonen der Gesetzlosigkeit« (ebd.).

Der Neoliberalismus, so zeigen Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (2002), hat der »unordentlichen« informellen Selbstregulation der Favelas eine »ordentliche« Informalisierung gegenübergestellt. Denn er zog staatliche Institutionen aus der Verantwortung für die allgemeine Daseinsvorsorge zurück und begann diese privaten und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu überlassen. Die staatlichen Herrschaftstechniken über die Favela gehörten somit Ende des 20. Jahrhunderts einer neoliberalen Gouvernamentalität an, in der sich der Staat auf eine ordentliche ebenso wie auf eine unordentliche Weise informalisiert hat. Basierte die ordentliche, durch das »Regieren durch Community« verkörperte Seite auf Ideologemen wie gemeinschaftliche Selbsthilfe, aktive Bürgerschaft und *empowerment*, trat die unordentliche Seite durch die Teilhabe staatlicher Organe am Gewaltregime des Drogenkomplexes zu Tage: »Informelle Politik und illegale Gewaltpraktiken gehören [hier] zusammen.« (ebd.: 301)

Altvaters und Mahnkopfs paradoxer Begriff der »ordentlichen Informalisierung« verweist auf den zwischen urbaner Lebensweise und Herrschaftsverhältnis changierenden Doppelcharakter, der – wie die Geschichte der Favela fast idealtypisch zeigt – der urbanen Informalität zu eigen ist. Das ursprüngliche Informalitätskonzept entstammt der Entwicklungsländerforschung der 1970er Jahre und bezog sich auf irreguläre Ökonomien und Siedlungsformen der urbanen Armen, die außerhalb der staatlichen Einflussphäre verortet wurden. Der Beitrag von lokalen Eliten und Staatsapparaten bei der Herstellung von Informalität geriet dabei völlig aus dem Blick (vgl. Lanz 2014a), obwohl gerade die Geschichte der als illegal markierten Favela demonstriert, dass die Staatsapparate dort immer auch selbst als »informalisierte Entitäten« agiert haben, wie es Ananya Roy (2009a: 84) am Beispiel indischer Städte formulierte. Das Formale und Legale, dass sie offiziell vertreten haben (und noch heute vertreten), war (und ist) so eher eine »Fiktion« (ebd.) als eine allgemeingültige Norm. Denn nicht nur die hochgradig institutionalisierten Gewaltverhältnisse, die den Alltag der Favelas strukturieren, sondern alle Staatsinterventionen, die klientelistische Strukturen generieren oder sich auf solche stützen, weisen einen informellen Charakter auf (vgl. Kap. 1.2).

Die Informalität der Favela ist zuallererst ein »urban way of life« (AlSayyad 2004), ein Modus der Subjektivität und ein alltägliches Handlungsmuster städtischer Bevölkerungsgruppen, die sich gezwungen sehen, ihre urbane Heimstatt jenseits der offiziellen Ordnung irregulär zu entwickeln. Für AbduMaliq Simone (2004) ist sie eine Praxis von Menschen, um in Städten, die ihnen keine ausreichenden Ressourcen bieten, mit allen für sie verfügbaren Mitteln selbst Ressourcen zu generieren. Ein solches Selbstregieren, das die eigene Lebenssituation zu verbessern sucht, bezeichnet Asef Bayat (2012) als ein »stilles Vordringen« von einfachen Leuten. Es umfasst individuelle und kollektive Kämpfe und Aktivitäten, seien sie legal, irregu-

lär oder illegal, die in einer Situation urbaner Marginalität das Überleben sichern und Räume für ein soziales Vorankommen erweitern. Beispielhaft zeigt die Geschichte der Favela, dass pure Notwendigkeit und das Streben nach einem würdevollen Leben auch illegale Aktivitäten moralisch legitimieren, wenn sie auf Kosten des Staates oder der Mächtigen gehen. Diese Praxis zielt nach Bayat nicht nur auf soziale Umverteilung, sondern auch auf eine kulturelle und politische Autonomie gegenüber Normen und Ordnungsformen der bürgerlichen Stadt. Häufig verwandelt sich diese stille Praxis in politische Aktion, wenn etwa eine drohende Räumung der eigenen Favela das bereits Erreichte gefährdet.

Als Ergebnis seiner Erforschung der urbanen Peripherien von Brasília und São Paulo deutet wiederum James Holston (2009: 246) nicht erst die Verteidigung einer Favela als originären politischen Akt, sondern bereits deren Konstruktion. Er fasst dies mit dem Begriff der »aufständischen Bürgerschaft« (i.O. »*insurgent citizenship*«):

»Es handelt sich um einen Aufstand, der mit dem Kampf um das Recht auf ein urbanes Alltagsleben beginnt, das einer bürgerlichen Würde entspricht. Dem entsprechend werden die Forderungen nach einer neu zu formulierenden Bürgerschaft auf Aspekte des Wohnsitzes wie Wohnen, Eigentum, Sanitäranlagen, Kinderbetreuung oder Sicherheit hin konzipiert. Angeführt werden sie durch die ›Kaum-Bürger:innen‹ [...], die im Prozess des Aufbaus und der Verteidigung ihrer Wohnorte nicht nur eine riesige neue Stadt errichten, sondern auf dieser Grundlage auch eine Stadt mit einer anderen bürgerschaftlichen Ordnung vorschlagen.«

Die Geschichte von Rios Favelas im 20. Jahrhundert legt nahe, dass dort tatsächlich die »Substanz einer neuen urbanen Bürgerschaft« (Holston 2008: 4) entstanden ist. Diese gründet auf der von marginalisierten Gruppen mit einer zweitklassigen Staatsbürgerschaft autonom organisierten Konstruktion und Selbstregierung eines originären urbanen Sozialraums und behauptet damit ihr gleichwertiges Recht auf die Stadt. Holstons Begriff des Aufruhrs fasst diese Praxis jedoch meines Erachtens wenig treffend als einen vorsätzlichen Akt des politischen Widerstands. Denn das die Interventionen des *asfalto* und die Selbstorganisationen des *morro* verschmelzende Regieren der Favela war über weite Strecken des 20. Jahrhunderts durch einen zwar extrem hierarchischen, in seinen Grundzügen aber einvernehmlichen Klientelismus geprägt. Als ein aus der Not geborener politischer Tauschhandel hat dieser nichts Aufständisches an sich.

Konzeptionell entspricht er eher dem Konzept des »stillen Vordringens« der einfachen Leute nach Asef Bayat oder der »*political society*« im Sinne von Partha Chatterjee (2004; vgl. Kap. 1.2). Um Repressionen zu entgehen, erfolgt dieser »Kampf um Bürgerschaft« (Bayat 2012: 44) mit einer klammheimlichen »Logik der Praxis« (ebd.: 37), entzieht sich also dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit. Weder ist er eine »Gegenpolitik« (James Holston) des Protests oder der

Versammlung, noch zielt er auf eine politische Transformation der Gesellschaft. Vielmehr besteht er aus einem unmittelbaren Handeln, das der Notwendigkeit folgt, existenzielle Alltagsprobleme mit allen verfügbaren Mitteln zu beheben. Allein im metropolitanen Raum von Rio de Janeiro handelte es sich dabei um eine oft illegale Praxis von Millionen von Menschen, »die herrschende Normen und Gesetze untergraben [haben] und in die Bereiche der Macht, des Eigentums und der Öffentlichkeit« (Bayat 2012: 39) vorgedrungen sind. Nur weil diese Praxis ebenso massenhaft wie beharrlich war, konnten die in der Favela lebenden Menschen darauf spekulieren, auf lange Frist normalisiert und legitimiert zu werden. Und eben dies ist ihnen über viele Generationen hinweg geglückt.

Urbane Informalität, so ist Ananya Roy (2009a) zuzustimmen, beschränkt sich allerdings weder auf irreguläre Praktiken der Marginalisierten, noch bringen diese notwendigerweise eine gerechtere Stadt hervor. Denn sie ist in ihrem Kern kein Graswurzelpphänomen, sondern ein Herrschaftsverhältnis. Obwohl ihr das stets unterstellt wurde, hat sich Rios Favela keineswegs als autonome Parallelgesellschaft zur bürgerlichen Stadt entwickelt. Vielmehr agieren dort seit jeher staatliche Apparate mit eigenen Interessen, die informelle Urbanisierungsprozesse durch selektive Regulierungen zugunsten der Eliten aktiv mit herstellen. Schon der auf persönliche Abhängigkeiten gründende Klientelismus demonstriert dabei das informelle Handeln von Staatsbediensteten. Beispielhaft zeigt dies die jahrzehntelange Praxis von Regierenden, in Favelas Deals mit Drogengangs zu schließen, um Wahlstimmen gegen eine inoffizielle Versorgung mit staatlichen Diensten einzutauschen, die sie wiederum nicht davon abhalten, eine extralegale Polizeigewalt gegen dieselben Gangs zu legitimieren.

Die Informalität der Favela oszilliert also im Spannungsfeld zwischen der urbanen Praxis ihrer Bewohnerschaft und einem staatlich produzierten Herrschaftsverhältnis. Dieses ist mit Zygmunt Bauman innerhalb eines Zermübrungskrieges zu verorten, den der moderne Staat gegen das Fremde führt, ein »Krieg«, dessen historische Kontinuitäten auf den Kolonialismus verweisen. An den Bruchstellen zwischen als legitim oder als illegitim gedeuteten Gewaltformen sowie zwischen Appellen der Selbstführung, die die Bewohnerschaft instrumentalisieren und solchen, die sie im Kampf um ihr gleiches Recht auf die Stadt ermächtigen, eröffnen sich Widerstände und Emanzipationspotenziale. Diese haben sich die in der Favela lebenden Menschen zunutze gemacht, um ihre urbane Bürgerschaft zu reklamieren und ihre Wohnorte dauerhaft im urbanen Raum zu verankern.

Die so etablierte Favela erweist sich allerdings in vielerlei Hinsicht als Peripherie: Sie steht in Abhängigkeit zu den urbanen und staatlichen Zentren, ist von ihnen aber nie vollständig unter Kontrolle zu bekommen und wirkt daher potentiell destabilisierend; sie dient dem Staat als Versuchsfeld, um jenseits der sozialen und rechtlichen Ordnung neue Machttechnologien zu erproben und erfährt so ein belastendes »Übermaß an Aufmerksamkeit« (Simone 2007); im Gegenzug wie-

derum fungiert sie für ihre Bewohnerschaft als eine von außen nur rudimentär beherrschbare Nische für widerständige, offizielle Normen und Regeln unterlaufende Mikropraktiken jeglicher Art.

